

wird. Wenn auch die gegenwärtige dramatische Polarisierung zwischen Ost und West einem solchen Vorhaben nicht gerade günstig ist – die Stimmungslage breiter

Volksschichten in Österreich und in einigen seiner Nachbarländer scheint einem solchen Vorhaben doch entgegenzukommen.
Fritz Csoklich

Die Philippinen in der Krise

Neue Spannungen zwischen Kirche und Staat

Der philippinische Staatspräsident *Ferdinand Marcos* mochte gehofft haben, mit der Einführung einer Präsidialdemokratie im April 1981 seine in- und ausländischen Kritiker besänftigen zu können (vgl. HK September 1981, 467 ff). Gleichwohl ist sein autoritäres Regime in letzter Zeit wieder zunehmend unter Druck geraten, zumal die Regierung die wirtschaftliche Rezession mit ihren weitreichenden sozialen Folgen bisher nicht entscheidend in den Griff bekam. 1981 verzeichnete die Wirtschaft mit 3,8% die geringste Zuwachsrate seit 1972, die Inflationsrate betrug 16%, und die Arbeitslosigkeit stieg im Großraum Manila auf derzeit offiziell 12,9% (landesweit 5,2%). Eine Versammlung führender Unternehmer stellte deshalb kürzlich einen umfangreichen Katalog von Forderungen auf: Bekämpfung der Korruption, Reform der Bürokratie, größere Freiheiten für eine legale Opposition und massive Wirtschaftshilfen für die ländlichen Regionen. Nur durch eine Verbesserung der Wirtschaftsbedingungen gerade auf dem Lande könne einer wachsenden kommunistischen Unterwanderung wirksam Einhalt geboten werden und nicht etwa durch rein militärische Aktionen (Far Eastern Economic Review, 24. 9. 82).

Verstärkter Druck gegen die Opposition

Die Regierung versucht, der sozialen Unruhe im Lande und der sich *wieder ausweitenden Aktivitäten der Rebellen*, insbesondere der kommunistischen „Neuen Volksarmee“ (NPA), vor allem mit repressiven Maßnahmen zu begegnen. Das ohnehin sehr vage gefaßte Streikrecht wurde weiter eingeschränkt, und die Forderung der Gewerkschaften nach einer Erhöhung der (sehr niedrigen) Mindestlöhne wurde bisher kategorisch abgelehnt, obwohl gerade die einkommensschwachen Schichten am stärksten von der Rezession betroffen sind. Allerdings ist die Gewerkschaftsbewegung der Philippinen auch nicht allzu mächtig, nur etwa 20% der 17 Millionen Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich organisiert, und nur eine Minderheit der Organisationen steht Marcos ausgesprochen ablehnend gegenüber.

Zahlreiche oppositionelle Gewerkschafter wurden wegen angeblicher subversiver Tätigkeit verhaftet, darunter der greise Führer der sozialistischen „Bewegung 1. Mai“, *Felixberto Olalia*, der – obgleich erklärter Marxist – in der Öffentlichkeit relativ großes Ansehen genießt. Die mei-

sten der etwa 100 000 Mitglieder der „Bewegung 1. Mai“ (KMU) sind jedoch anti-marxistisch eingestellt, und an der Spitze der KMU steht mittlerweile auch ein engagierter Protestant, *Cipriano Malonzo*, dessen Kurs auch von Katholiken unterstützt wird. So bildete *P. José Dizon*, Führer der „National Priests and Religious Organization“ (etwa 1000 Mitglieder), im Juni 1982 zusammen mit Bürgerrechtlern der KMU eine „Nationale Vereinigung zum Schutz der Rechte der Arbeiter“ (UCA News, 28. 9. 82). Die Verhaftungswelle machte im übrigen auch nicht vor engagierten Katholiken halt. So wurden in letzter Zeit mehrere ausländische Priester und andere Mitarbeiter katholischer Organisationen unter dem *Vorwurf kommunistischer Tätigkeit* verhaftet bzw. unter Arrest gestellt. Unter ihnen befand sich der Generalvikar der Diözese Catabogan (Samar), dessen Haftbefehl angeblich von Präsident Marcos persönlich unterschrieben wurde (nach epd, 8. 9. 82).

Diese *Demonstration der Stärke* seitens der Regierung dient sicherlich nicht nur dazu, Unruhen im Keim zu ersticken. Sie soll wohl auch ihre von der Opposition angezweifelte Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen, ja möglicherweise eine reibungslose Übergabe der Macht in andere Hände vorbereiten. Denn seit längerem gibt es Gerüchte über die angegriffene Gesundheit des Präsidenten, und es erscheint fraglich, ob er seine gesamte Amtszeit durchstehen kann. Immerhin wurde das in der Verfassung vorgesehene Exekutivkomitee, das den Präsidenten im Falle seiner Amtsunfähigkeit vertritt, Anfang August durch die Aufnahme neuer Mitglieder weiter vervollständigt – kurz vor einem neuerlichen Krankenhausaufenthalt des Präsidenten. Dem Gremium gehört jetzt auch *Imelda Marcos* an, die eventuell die Nachfolge ihres Gatten antreten könnte.

Kritik aus den Reihen der Kirche

Angesichts der *verschärften innenpolitischen Auseinandersetzung* hat auch einer der engagiertesten kirchlichen Kritiker des Präsidenten, der frühere Vorsitzende der philippinischen Bischofskonferenz Kardinal *Jaime L. Sin* (Manila), erneut Stellung bezogen. In einem Interview für die Nachrichtenagentur UPI meinte Kardinal Sin im Juli 1982, Marcos habe es trotz seiner Machtfülle nicht verstanden, die Probleme des Landes zu lösen. Das Volk habe das Vertrauen zu ihm verloren und benötige deshalb

„einen neuen Führer“, der „die Achtung des Volkes eringt – durch sein Privatleben, durch seine Glaubwürdigkeit.“ Wer diese Persönlichkeit sein solle, wisse er nicht, doch: „Es gibt so viele gute Führer, aber man gibt ihnen keine Chance zu führen“ (zit. nach Japan Times, 25. 7. 82).

Kardinal Sin hatte bereits anlässlich der Präsidentschaftswahlen Mitte 1981 angedeutet, er hielte es für besser, wenn Marcos in absehbarer Zeit einem Nachfolger Platz mache. So konnten seine Äußerungen gegenüber UPI eigentlich nicht mehr überraschen. Das breite Echo, das sie in der internationalen Presse fanden, dürfte allerdings dazu beigetragen haben, daß die Regierung mit äußerster Entrüstung reagierte. Verteidigungsminister *Juan Ponce Enrile*, einer der engsten Vertrauten von Marcos, beschuldigte Sin, seine Kompetenzen überschritten und sich in rein politische Angelegenheiten gemischt zu haben. Andere Regierungsmitglieder gingen noch weiter und bezeichneten den Kardinal sogar als „philippinischen Khomeini“, der selbst Ambitionen auf die Präsidentschaft habe, ein Vorwurf, den Sin energisch zurückwies.

Kardinal Sin hat im übrigen oft genug im Rahmen einer „kritischen Zusammenarbeit“ die Auswüchse des gegenwärtigen Systems gerügt. Insbesondere wies er immer wieder darauf hin, daß die *Bekämpfung der kommunistischen Bewegung* letztlich nur dann Erfolg haben könne, wenn man ihr durch eine Verbesserung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen den Nährboden entziehe – nicht aber, wenn man Gewalt ständig nur mit Gegengewalt beantworte.

In diesem Sinne äußerte er sich auch im Februar 1982 in einer programmatischen Rede vor einer Versammlung der Philosophischen Fakultät der St. Thomas-Universität. Hierbei betonte er, es sei pastorale Aufgabe der Kirche, dort Stellung beziehen zu müssen, wo der Staat seine Aufgaben gegenüber dem Volk nicht genügend wahrnehme, ja gegen die moralischen Grundwerte der Gesellschaft handle. Zu diesen Werten gehöre der *Pluralismus*, also die Einsicht in die Vielfalt der menschlichen Kultur. Ein autoritärer Staat, der nicht die berechtigten Forderungen der einzelnen sozialen Gruppen berücksichtige (auch etwa in der Wirtschaftspolitik), lasse die Gesellschaft verkümmern. Weiterhin dürfe die freie Entscheidungskraft des Einzelnen nicht beeinträchtigt werden: „Eine Gesellschaft, der der Zugang zu glaubwürdiger Wahrheit verweigert wird, ist eine Gesellschaft, der es an Weisheit und Liebe mangelt.“

Spannungen innerhalb der Kirche

Werde das politische Individuum in seiner gesellschaftlichen Entfaltung behindert, sei schließlich das höchste Gut, die Würde des Menschen gefährdet. Gerade die unterprivilegierten Schichten, die sich oft ihrer Rechte nicht bewußt seien, bedürften hierbei des besonderen Schutzes der Kirche. Eine wahrhaft christliche Befreiung könne

aber nicht durch Ideologien oder gar Gewalt erreicht werden, sondern nur durch die Umformung der Herzen im Glauben und die „Humanisierung der politischen und wirtschaftlichen Systeme“.

Die Haltung Kardinal Sins ist innerhalb des philippinischen Klerus nicht unumstritten. Für manche Bischöfe enthält sie ein zu weit gehendes politisches Engagement, das zudem manche Priester und Ordensleute zu unüberlegten Handlungen verleiten könnte. Gerade die in der Sozialarbeit tätigen Mitglieder des Klerus geraten angesichts der politischen Umstände oft in Gewissenskonflikte. Übergriffe des Militärs gegen die Zivilbevölkerung bei Aktionen gegen kommunistische Rebellen oder auch die unsozialen Auswirkungen der Wirtschaftspolitik drängen sie dazu, für die ihnen anvertrauten Gläubigen Partei zu ergreifen. Dabei laufen sie Gefahr, bewußt oder unbewußt den linksradikalen Bewegungen in die Hände zu spielen.

Man darf Kardinal Sin Glauben schenken, daß die Mehrzahl von ihnen (die im Klerus aber ohnehin eine Minderheit darstellen) allenfalls ungewollt oder aus rein humanitären Erwägungen in linksradikale Strömungen geraten, „irregeleitete Schafe“, die wieder auf den rechten Weg gebracht werden müssen. Hierbei soll offensichtlich ein Anfang August zwischen der Kirche und dem Militär geschlossenes Abkommen helfen, demzufolge der Zusammenarbeit mit Kommunisten verdächtige Mitglieder des Klerus Haftverschonungen erhalten können, wenn sie die Kirche unter Aufsicht stellt und für ihr weiteres Wohlerhalten garantiert (vgl. *Far Eastern Economic Review*, 10. 9. 82).

Einige Priester und Ordensleute haben sich jedoch offensichtlich der kommunistisch gesteuerten „Neuen Demokratischen Front“ angeschlossen, deren militärischer Flügel die NPA ist. Dies gilt vor allem für die kleine, 1972 gegründete Gruppe der „*Christen für die nationale Befreiung*“, angeführt von dem kürzlich wieder inhaftierten *P. Edicio de la Torre, SVD*. De la Torre, vor 1972 einer der Exponenten der kirchlich-sozialen Bauernbewegung, hatte sich bereits früher mehr für „soziale Umgestaltung“ statt für rein „soziale Aktionen“ eingesetzt, gewisse Einflüsse der lateinamerikanischen Befreiungstheologie waren dabei unverkennbar.

Das Problem möglicher Sympathisanten der kommunistischen Bewegung ist vor allem in jenen Regionen akut, in denen die Aufständischen der NPA oder mit ihnen verbündete muslimische Rebellen aktiv sind, und wo auch die Zivilbevölkerung stärker unter den Folgen der Militäraktionen leidet, namentlich etwa auf Mindanao oder Samar. Um einer weiteren kommunistischen Infiltration vorzubeugen, schlug Erzbischof *Francisco Cruces* (Zamboanga/Mindanao) im Dezember 1981 vor, spezielle Schulungskurse für in der Sozialarbeit tätige kirchliche Mitarbeiter einzurichten. Anlaß gab hierzu ein aus Kreisen der NDF stammendes Dokument, in dem Möglichkeiten einer Infiltration der kirchlichen Basis aufgezeigt wurden. Offensichtlich wegen vermuteter linksradikaler

Unterwanderung wurde außerdem in Oroquieta City (Mindanao) ein Seminar geschlossen, an dem Studierende aus ärmeren Schichten zu Katechisten ausgebildet wurden.

Zu einem Eklat kam es, als sich die Bischöfe von Mindanao im April 1982 geschlossen aus ihrem eigenen Pastoralrat zurückzogen (sie wollen nur noch an den alle drei Jahre stattfindenden Grundsatz-Konferenzen teilnehmen). Der Schritt wurde damit begründet, man sehe keine Möglichkeit mehr für eine konstruktive Zusammenarbeit in dem mehrheitlich von Laien besetzten ständigen Ausschuß der Konferenz. So sei von Priestern die Autorität der Bischöfe in Frage gestellt worden, ja einige Mitglieder des Gremiums sympathisierten mit den Kommunisten. Die so Angegriffenen bestritten die Vorwürfe energisch und warfen den Bischöfen ihrerseits mangelnde Bereitschaft zum Dialog vor. Erzbischof Antonio *Mabutas y Lloren* (Davao/Mindanao), der neue Vorsitzende der philippinischen Bischofskonferenz, versuchte die Wogen mit dem Hinweis zu glätten, die Bischöfe verurteilten niemanden und betrieben auch keine Hexenjagd (UCA, News 7. 4. 82).

Kontroversen gab es auch auf Samar. Ende Juli 1982 beriet man dort auf einer Kirchenversammlung die Umsetzung von Stellen, wobei es auch um die *Versetzung von Mitarbeitern* ging, die in den Verdacht „linker“ Sympathien geraten waren. Als acht Priester die Versammlung unter Protest verließen, meldete die örtliche Presse, sie seien in den kommunistischen Untergrund gegangen. Die Meldungen stützten sich wohl auf ein – falsch interpretiertes – Interview von Bischof *Angel Hobayan*, und erst eine Richtigstellung durch Kardinal *Julio Rosales* beruhigte die Gemüter wenigstens halbwegs.

Es zeigt sich, daß die Hierarchie die Gefahr, von marxistischen Ideologien infiltriert und von kommunistischen Gruppen mißbraucht zu werden, ernst nimmt und wohl auch ernst nehmen muß. Doch ist es nicht immer leicht, zwischen vermeintlichen und tatsächlichen Sympathisanten von Kommunisten zu unterscheiden. In einem Klima gegenseitigen Mißtrauens werden sozial engagierte Kleriker und Laien nur allzu leicht verdächtigt, es mit Kommunisten zu halten oder deren ideologische Positionen zu übernehmen.

Eine Möglichkeit, die Gemeinden innerlich zu festigen und damit auch der kommunistischen Unterwanderung vorzubeugen, sehen Vertreter des Episkopats in einem verstärkten Ausbau der Basisgemeinschaften. So bezeichnete Bischof *Fernando Capalla* (Iligan/Mindanao) die Basisgemeinschaften als die kirchliche Lösung der Probleme Mindanaos (UCA News, 7. 4. 82). Bischof *Antonio Fortich* (Bacolod/Negros) rief im Juni 1982 in einem Hirtenbrief ebenfalls zu einer größeren Aktivität der christlichen Basisgemeinschaften auf, um so zur moralischen Festigung der Kirche beizutragen (UCA News, 28. 9. 82). Darüber hinaus werden Einkehrtage und Seminare gefördert, die zu einer Erneuerung des christlichen Bewußtseins führen sollen. Diese Programme finden mittlerweile auch die Unterstützung des Staates – so will das Erziehungsministe-

rium künftig auch private Seminare dieser Art für Lehrer ideell und finanziell unterstützen (vgl. UCA News, 28. 9. 82). Diese Ankündigung wurde von der Kirche denn auch ausdrücklich begrüßt.

Familienplanung weiter umstritten

Inzwischen hat sich die Kontroverse zwischen Kirche und Staat um die *Familienplanung* wieder verschärft, seit Premierminister *Cesar Virata* Mitte des Jahres einen neuen Plan zur Geburtenkontrolle vorlegte. Um die derzeitige Geburtenrate von 2,6% bis 1987 auf etwa 2% zu senken, sollen künstliche Methoden der Empfängnisverhütung verstärkt angeboten und auch die Sterilisation in größerem Maße propagiert werden (nur die Abtreibung bleibt ausgenommen). Durch lancierte Presseberichte wurde dabei der Eindruck erweckt, auch die Kirche sei mit dem Programm weitgehend einverstanden.

Die philippinische Bischofskonferenz hat in einem Memorandum aber scharf gegen die staatlichen Pläne protestiert. Insbesondere wird beklagt, daß hiermit das eigene kirchliche Programm, das „natürliche Methoden“ propagiert, unterlaufen werde. Auch Kardinal Sin verurteilte noch einmal zusätzlich die geplanten Maßnahmen, für die die Öffentlichkeit den Ausdruck „Cafeteria-Methode“ prägte (wegen der Erleichterung des Zugangs zu künstlichen Mitteln). Sin kritisierte ganz im Sinne von „*Humanae vitae*“, daß die künstlichen Methoden einen Eingriff in die Natur des Menschen darstellten und z. T. sogar auf eine verkappte Abtreibung hinausliefen. Man könne einer Bevölkerung, die zu über 80% katholisch sei, schließlich nicht Methoden vorschlagen, die der christlichen Moral lehre widersprüchen. Ungeachtet der Proteste hat die Regierung aber erste Maßnahmen getroffen, die die Durchführung ihres Programms erleichtern. Die hierfür verantwortliche *Bevölkerungskommission POPCOM*, die bisher der Nationalen Wirtschafts- und Entwicklungsbehörde NEDA unterstand, wurde dem Ministerium für Soziales und Entwicklung unterstellt, auf das die Regierung direkten Einfluß nehmen kann. Denn innerhalb POPCOM ist das staatliche Programm umstritten, und der Leiter der NEDA soll sogar beabsichtigt haben, die Gelder des Projekts teilweise auch für die Förderung der „natürlichen Methode“ einzusetzen. Bei der Angelegenheit dürfte im übrigen auch eine Rolle gespielt haben, daß das Programm von USAID (US Agency for International Development) mitfinanziert wird.

Die katholische Kirche der Philippinen steht derzeit vor einer neuen Bewährungsprobe. Die Erfüllung ihrer pastoralen Aufgabe wird ihr durch eine Verhärtung der Fronten in der innerkirchlichen Kontroverse nicht gerade erleichtert. Zur Lösung der drängenden Probleme wird es aber nicht nur des intensiven innerkirchlichen Dialogs bedürfen. Mehr noch hängt derzeit davon ab, ob der Staat bzw. das Marcos-Regime selbst noch zu einer Lösung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme seiner Bürger findet.

Peter Drewes